Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter

2025/2166(INI)

17.9.2025

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

zu Menschenrechten und Demokratie in der Welt und der Politik der Europäischen Union in diesem Bereich – Jahresbericht 2025 (2025/2166(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Margarita de la Pisa Carrión

PA_NonLeg

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unterbreitet dem federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten folgende Änderungen:

Änderungsantrag 1

Entschließungsantrag
Erwägung G (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	G. in der Erwägung, dass Frauen im Kontext der armutsbedingten Migration verstärkt Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt, ausgesetzt sind; in der Erwägung, dass nach Aussage des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge 90 % der Migrantinnen, die auf der Mittelmeerroute unterwegs sind, entweder von Schleusern oder von anderen Migranten vergewaltigt werden[1a];
	[1a] UN News, „Women forced to flee their homes face increased risks of sexual violence, UNHCR warns“ (Frauen, die zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen sind, sind einem erhöhten Risiko sexueller Gewalt ausgesetzt, warnt das UNHCR), https://news.un.org/fr/story/2024/11/1150996.

Or. en

Änderungsantrag 2

Entschließungsantrag
Erwägung H (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	H. in der Erwägung, dass immer mehr Frauen und Mädchen in der EU mit den Folgen der Verstümmelung ihrer Genitalien leben müssen[1a]; in der Erwägung, dass die Zahl der gefährdeten Mädchen jedes Jahr steigt – insbesondere

jener Mädchen, die aus Ländern stammen, in denen die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane praktiziert wird, etwa Somalia, Senegal, Nigeria, Äthiopien und Kamerun –, wobei es nennenswerte Prozentsätze auch in Spanien (9-15 %), Dänemark (11-21 %), Österreich (12-18 %) und Luxemburg (12-17 %) gibt;

[1a] Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen, „Estimation of girls at risk of female genital mutilation in the European Union: Denmark, Spain, Luxembourg and Austria“ (Abschätzung des Risikos von Mädchen, in der Europäischen Union eine Verstümmelung ihrer Genitalien zu erleiden: Dänemark, Spanien, Luxemburg und Österreich), https://eige.europa.eu/publications-resources/publications/estimation-girls-risk-female-genital-mutilation-european-union-denmark-spain-luxembourg-and-austria.

Or. en

Änderungsantrag 3

Entschließungsantrag
Erwägung I (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	I. in der Erwägung, dass Zwangsverheiratung[1a] in mehreren Regionen der Welt, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, in West- und in Zentralafrika, nach wie vor weitverbreitet ist; in der Erwägung, dass Zwangsverheiratung immer häufiger innerhalb von Migrantengemeinschaften in Europa beobachtet wird, insbesondere bei Mädchen, die aus Ländern stammen, in denen diese Praxis üblich und legal ist;

[1a] Vereinte Nationen, „Child and forced marriage, including in humanitarian contexts“ (Kinder- und Zwangsheirat, auch im humanitären Kontext), https://www.ohchr.org/es/women/child-and-forced-marriage-including-humanitarian-settings.

Or. en

Änderungsantrag 4

Entschließungsantrag
Erwägung J (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	J. in der Erwägung, dass erwiesen ist, dass in zerrütteten Familien und aufgrund des Fehlens stabiler Familienstrukturen Frauen und Kinder in unverhältnismäßigem Maße sozial und wirtschaftlich gefährdet sind, ihre Sicherheit, ihr Wohlergehen und ihre Zukunftschancen beeinträchtigt sind, der soziale Zusammenhalt geschwächt ist und politischer Instabilität Vorschub geleistet wird[1a];

[1a] Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, „OECD Family Database“ (Familiendatenbank der OECD), https://www.oecd.org/en/data/datasets/oecd-family-database.html.

Or. en

Änderungsantrag 5

Entschließungsantrag
Erwägung K (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	K. in der Erwägung, dass christliche Gemeinschaften weltweit nach wie vor die am stärksten verfolgte Glaubensgemeinschaft sind, wobei Frauen und Mädchen häufig Opfer sexueller Gewalt und von Zwangskonvertierung werden[1a];
	[1a] Open Doors, „Worldwide: Insecurity - The Gender Report 2024“ (Weltweit: Unsicherheit – Gleichstellungsbericht 2024), https://www.opendoors.org/en-US/research-reports/articles/stories/Worldwide-Insecurity-The-Gender-Report-2024/.

Or. en

Änderungsantrag 6

Entschließungsantrag
Erwägung L (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	L. in der Erwägung, dass selektive Abtreibung auf der Grundlage des Geschlechts des ungeborenen Kindes weiterhin Millionen Mädchen auf der ganzen Welt betrifft, wobei Indien und China ein erhebliches Ungleichgewicht bei der Geschlechterverteilung aufweisen; in der Erwägung, dass diese Praxis nicht nur das Grundrecht auf Leben verletzt, sondern auch eine Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 7

Entschließungsantrag
Erwägung M (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	M. in der Erwägung, dass Zwangsabtreibung und Nötigung zum Schwangerschaftsabbruch schwere Verletzungen grundlegender Menschenrechte und eine Form der Gewalt gegen Frauen darstellen, die zur Folge haben, dass Mütter ihrer Würde beraubt werden und ungeborenen Kindern das Recht auf Leben abgesprochen wird; in der Erwägung, dass diese Praxis nicht nur Mutterschaft und Familie entwertet, sondern auch die gefährlichen Folgen einer Wegwerfmentalität gegenüber menschlichem Leben offenbart;

Or. en

Änderungsantrag 8

Entschließungsantrag
Erwägung N (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	N. in der Erwägung, dass gemäß der Richtlinie (EU) 2024/1712[1a] die Ausbeutung von Leihmutterschaft, von Zwangsheirat und von illegaler Adoption zu den Praktiken gehört, die Menschenhandel sind; in der Erwägung, dass die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen über Gewalt gegen Frauen und Mädchen in ihrem Bericht über Gewalt gegen Frauen und Mädchen (A/80/158)[1b] Leihmutterschaft als Form von wirtschaftlicher, psychologischer, physischer und reproduktiver Gewalt gegen Frauen anerkennt;

_____

[1a] Richtlinie (EU) 2024/1712 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer (ABl. L, 2024/1712, 24.6.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1712/oj).

[1b] Generalversammlung der Vereinten Nationen, „Violence against women and girls, its causes and consequences – Note by the Secretary-General“ (Gewalt gegen Frauen und Mädchen, ihre Ursachen und Folgen – Mitteilung des Generalsekretärs), 80. Tagung, https://docs.un.org/en/A/80/158.

Or. en

Änderungsantrag 9

Entschließungsantrag
Erwägung O (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	O. in der Erwägung, dass im Bericht der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen über Gewalt gegen Frauen und Mädchen (A/HRC/59/47)[1a] hervorgehoben wird, dass die systematische Streichung geschlechtsspezifischer Formulierungen und Kategorien in Gesetz und Politik einen direkten Angriff auf Frauen darstellt, ihren Schutz schwächt und die wahren Ursachen von Gewalt und Diskriminierung verschleiert; in der Erwägung, dass, wie in dem Bericht ebenfalls dargelegt wird, Frauen, die sich für die politische Bedeutung des biologischen Geschlechts einsetzen, in mehreren Ländern zensiert werden, rechtlichen Schikanen ausgesetzt sind,

ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen verlieren, von Plattformen und Aufträgen als Vortragende ausgeschlossen werden und ihre Forschungsergebnisse nicht veröffentlicht werden, und dass manche dieser Frauen so stark ausgegrenzt werden, dass sie Selbstmordversuche unternehmen, wodurch die sichere und würdevolle Teilhabe von Frauen und Mädchen an der Gesellschaft erheblich beeinträchtigt wird;

[1a] Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, „Sex-based violence against women and girls: new frontiers and emerging issues“ (Geschlechtsbezogene Gewalt gegen Frauen und Mädchen: neue Grenzen und auftauchende Probleme), 59. Tagung, https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session59/advance-version/a-hrc-59-47-aev.pdf.

Or. en

Änderungsantrag 10

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. bedauert, dass im Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte über die Grundrechte 2025 nicht auf die Verfolgung von Christen und auch nicht auf die besondere Vulnerabilität von Christinnen in diesem Kontext eingegangen wird;

Or. en

Änderungsantrag 11

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. fordert die Mitgliedstaaten auf, als wesentlichen Schritt im Hinblick auf den Schutz der gesellschaftlichen Stabilität, des Wohlergehens der Kinder und des reibungslosen Funktionierens demokratischer Gesellschaften politische Maßnahmen zu konzipieren und umzusetzen, durch die das Familienleben gestärkt und die Integrität von Haushalten geschützt wird und Eltern, insbesondere Mütter, umfassend unterstützt werden;

Or. en

Änderungsantrag 12

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. hebt hervor, dass irreguläre Migrationsrouten, insbesondere jene über das Mittelmeer, zu einem Umfeld geworden sind, in dem Frauen systematisch Gewalt, darunter Vergewaltigung und andere Formen des Missbrauchs, ausgesetzt sind; unterstreicht, dass die EU indirekt Frauen diesen Gefahren aussetzt, wenn sie unsichere und illegale Migrationskanäle duldet; fordert daher Maßnahmen auf EU-Ebene, um zu erreichen, dass Schleusernetze wirksam zerschlagen werden, verhindert wird, dass Frauen während der Durchreise ausgenutzt werden, und Sicherheit und Schutz wichtiger sind als eine irreguläre Einreise;

Or. en

Änderungsantrag 13

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. weist darauf hin, dass die EU Zwangsabtreibung, Nötigung zum Schwangerschaftsabbruch und Abtreibung aufgrund des Geschlechts aktiv als grundlegende Verstöße gegen die Menschenrechte verurteilen muss; fordert die Mitgliedstaaten auf, wirksame Maßnahmen durchzuführen, um das Recht des ungeborenen Kindes auf Leben zu schützen und die Würde der Frauen zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 14

Entschließungsantrag
Ziffer 26 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26b. bekräftigt seine Ablehnung der verschiedenen Formen des Menschenhandels und der Ausbeutung von Frauen, einschließlich der Ausbeutung durch Leihmutterschaft, Zwangsheirat und illegale Adoption; fordert die Mitgliedstaaten auf, diese Praktiken zu verurteilen und gegen sie vorzugehen; begrüßt die Initiative der Erklärung von Casablanca, eine internationale Gruppe von Sachverständigen, Forschern, Juristen und Ärzten, die einen Vorschlag für ein internationales Übereinkommen für ein weltweites Verbot von Leihmutterschaft

ausgearbeitet haben;

Or. en

Änderungsantrag 15

Entschließungsantrag
Ziffer 38 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	38a. bedauert die katastrophalen Folgen der Genderideologie und die Auslöschung der Identität von Frauen, die zur Folge haben, dass die Rechte und der Schutz von Frauen untergraben werden, Frauen Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt sind und ihr emotionales und psychisches Wohlbefinden ernsthaft leidet; fordert die Mitgliedstaaten auf, entschlossen zu handeln und in Recht und Politik wieder Klarheit zu schaffen, die Kategorie „Frau“ zu verteidigen und für die Sicherheit und Würde von Frauen zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag 16

Entschließungsantrag
Ziffer 39 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	39a. weist darauf hin, dass die zunehmende Häufigkeit von Genitalverstümmelung und Zwangsverheiratung von Mädchen, die aus Ländern stammen, in denen diese Praktiken legal sind, und die steigende Zahl von Fällen, die innerhalb von Migrantengemeinschaften in Europa gemeldet werden, eine ernsthafte

Bedrohung des Wohlergehens und der Sicherheit von Frauen und Mädchen sind; hebt hervor, dass die EU ihrem Schutz Priorität einräumen und sicherstellen muss, dass ihre grundlegenden Menschenrechte gewahrt werden; fordert daher strenge Maßnahmen, um zu verhindern, dass Personen und Organisationen in die EU einreisen, die derartige missbräuchliche Praktiken aufrechterhalten möchten, sowie politische Maßnahmen, durch die die Gesundheit, Würde und Sicherheit von Frauen und Mädchen wirksam geschützt wird;

Or. en